

Wohlwollen für die Parteien

Wirtschaft begrüßt **Koalitionsverträge** weitgehend / Vorbehalte bei Finanzierung

Von **Susanne Landwehr**



Land: Baden-Württemberg
Koalition: Grüne / CDU
Winfried Hermann (Grüne) wird
Verkehrsminister bleiben.

Die Grünen haben gelernt. Davon ist Andrea Marongiu, Geschäftsführer des Speditions- und Logistikverbandes Baden-Württemberg, überzeugt. Denn im neuen Koalitionsvertrag von Grünen und CDU werde die Wirtschaftsflagge höher gehängt als noch vor fünf Jahren. Damals wurde Winfried Kretschmann (Grüne) zum ersten Mal Ministerpräsident. „Der Vertrag ist ein guter Kompromiss. Das hätten wir so nicht erwartet“, urteilt Marongiu.

„Nachhaltig und Modern“ lautet der Untertitel des Verkehrskapitels „Mobilität der Zukunft“. Die Koalitionsparteien betonen, dass Wohlstand und Arbeitsplätze stark von einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur abhängen. Trotz der Stärkung von Schiene und Wasserstraße bleibe die Straße in Zukunft der wichtigste Verkehrsträger. Bei der Schiene wollen sie sich unter anderem für die Stärkung der Rheintalbahn einsetzen. Auch der Kombinierte Verkehr (KV) findet Erwähnung. Der Ausbau von KV-Terminals hatte Marongiu zufolge in den vergangenen fünf Jahren nicht so gut geklappt.

Immerhin konnten sich die Koalitionäre auf einen Passus zum Lang-LKW einigen, der dem Geschäftsführer des Speditorsverbandes aber nicht weit genug geht. Er hätte sich einen klaren Satz gewünscht, mit dem Grüne und CDU den Regelbetrieb klar unterstützen. Im Vertrag steht, dass Grüne und CDU die Untersuchungen zum Einsatz von Lang-LKW konstruktiv begleiten werden und für sie Voraussetzung für einen Regelbetrieb sei, dass die Vorteile überwiegen.



Land: Sachsen-Anhalt
Koalition: CDU / SPD / Grüne
Thomas Webel (CDU) bleibt
Verkehrsminister.

In Sachsen-Anhalt waren die Grünen für die CDU und SPD zwar Mehrheitsbeschaffer, doch in einer für die Logistik wichtigen Frage haben sie sich durchgesetzt: Im Koalitionsvertrag lehnen die Parteien den Lang-LKW ab. Als Begründung nennen sie die Gefahren für Verkehrsteilnehmer und die möglichen Schäden für die Infrastruktur. „Der LKW der Zukunft muss dagegen kraftstoffsparend und dank moderner Assistenzsysteme unfallvermeidend sein“, heißt es im Verkehrskapitel „Mobilität und Infrastruktur“. Zwei Schwerpunkte der Politik sollen in den kommenden Jahren die schnelle Schließung noch bestehender Lücken in der Verkehrsinfrastruktur und der Erhalt des bestehenden Straßennetzes sein. Dafür wollen die Koalitionspartner die Haushaltsmittel für den Bau von Landesstraßen auf 85 Mio. EUR im Jahr festschreiben. 65 Prozent der Mittel sollen in den Erhalt von Landesstraßen und 8 Prozent in den Ausbau von Radwegen fließen. Zudem will die Koalition den Schienengüterverkehr stärken.



Land: Rheinland-Pfalz
Koalition: SPD / FDP / Grüne
Für das Ministerium Wirtschaft, Verkehr,
Landwirtschaft und Weinbau mit möglicher-
weise neuem Zuschnitt ist Volker
Wissing (FDP) im Gespräch.

Im Großen und Ganzen ist die Verkehrswirtschaft in Rheinland-Pfalz zufrieden. „Im letzten Koalitionsvertrag ging es vor allem um Verkehrsvermeidung, nun jedoch mehr um die vertragliche Gestaltung von Verkehr“, hebt Jürgen Vogel, Verkehrsexperte der IHK Pfalz, positiv hervor. Am wichtigsten sei, dass die rheinland-pfälzische Koalition in den kommenden fünf Jahren insgesamt 600 Mio. EUR in den Landesstraßenbau stecken wolle. Es sei aber nicht klar, ob das Geld auch für zusätzliches Personal im Landesbetrieb Mobilität (LBM) verwendet werde. Projekte wie der Lückenschluss der A1 oder die Rheinbrücke bei Wörth hat die Koalition aufgenommen.

Zu wenig konkret ist Vogel der Abschnitt zur Logistik. Angesichts der Bemühungen, Verkehre von der Straße auf Schiene und Wasserstraße zu verlagern, fehlen ihm Aussagen zu Logistikflächen. Sollten mehr Anlagen des Kombinierten Verkehrs gebaut werden, müsste es auch Flächen geben. Kritisch sieht er die Absage des Bundes, eine alternative Güterverkehrsstrecke zum überlasteten Mittelrheintal in den Bundesverkehrswegeplan (BVWP) aufzunehmen. „Das Mittelrheintal hat heute schon Probleme, den Status quo zu bedienen“, stellt Vogel fest.